

Die wirtschaftliche Entwicklung Japans von der Niederlage 1945 bis zum Ende des Korea-Krieges 1951

Inhalt

I. Die Ausgangslage

1. Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft

2. Die Besatzungsgründe

II. Der Beginn staatlicher Eingriffe in die Wirtschaftsführung

1. Die Koizumi-Schwarz-Liste

2. Der Wirtschaftsaufbau

III. Die Normalisierung der japanischen Volkswirtschaft unter dem Dodge-Plan

1. Die Deflationiskrise

2. Industrie und Kapitalmarkt

IV. Der Korea-Boom

© Selbstverlag Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
an der Universität zu Köln

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. Friedrich-Wilhelm Henning

Schriftleitung: Dr. Klara van Eyll

Druck: Wilhelm Metz, Aachen

Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

I.	Die Ausgangslage	6
1.	Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft	6
2.	Die Besatzungspolitik	12
II.	Der Beginn staatlicher Eingriffe in die Wirtschaftsführung	14
1.	Die Keisha-Seisan-Methode	14
2.	Der Wirtschaftsrat	19
III.	Die Normalisierung der japanischen Volkswirtschaft unter dem Dodge-Plan	26
1.	Die Deflationskrise	26
2.	Industrie und Kapitalmarkt	32
IV.	Der Korea-Boom	37

Referat, gehalten im Sommer 1978 im Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität zu Köln. Dr. Dr. Takeo Ohnishi lehrt „Europäische Wirtschaftsgeschichte“ an der Waseda-Universität in Tokio.

I. Die Ausgangslage

1. Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft

Mit der Niederlage sah sich die japanische Wirtschaft vor die schwierige Aufgabe gestellt, sich von der zentralisierten Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft umzustellen. In den ersten Momenten des Zusammenbruchs ruhte die Produktion fast völlig. Der Verbrauchsgüterproduktion, deren Kapazität während des Krieges auf ein Minimum zurückgeschraubt worden war, war es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, den Anforderungen einer freien Marktwirtschaft zu entsprechen. So war z. B. die Textilindustrie, die führende Industrie der japanischen Wirtschaft in der Vorkriegszeit, während der Kriegszeit in erheblichem Ausmaß zugunsten der Rüstungsindustrie demontiert worden. Ebenso war das bisher für die Seidenraupenzucht genutzte Land während des Kriegs in Ackerland umgewandelt worden. Die Rohstoffe für andere Zweige der Textilindustrie wie Baumwolle und Wolle waren aufgrund der Blockade seit Jahren nicht mehr eingeführt worden. Dementsprechend erreichte die Textilindustrie im April 1945 nur noch ein Produktionsniveau von 7% des Vorkriegsstandes, das im Dezember des gleichen Jahrs noch weiter auf 4% sank. Die Produktion anderer Industriezweige für zivile Zwecke, wie z. B. die der Maschinenindustrie, war aufgrund der Zerstörung durch Luftangriffe, der Beschränkung der Zivilindustrie und des Rohstoffmangels in den letzten Kriegsjahren auf 12% des Vorkriegsstandes gesunken. Viele Fabriken, die während des Krieges für die Rüstungsindustrie gearbeitet hatten, und denen jetzt die Demontage drohte, wurden vorsichtshalber stillgelegt. Dennoch erreichte die Schlüsselindustrie, wie die Stahl- und Chemieindustrie, noch 48%, evtl. 34% ihres Produktionsniveaus der Vorkriegszeit. Obwohl die Anlagen der Steinkohlenbergwerke und die Wasser- und Wärmekraftwerke gut erhalten waren, sank die Steinkohlenförderung aus verschiedenen Gründen, die weiter unten erläutert werden, ebenfalls auf die Hälfte ihres Vorkriegsstandes, und die Stromerzeugung unterlag damit großen saisonbedingten Schwankungen, weil nicht mehr genügend Steinkohle für eine gleichmäßige Stromerzeugung bereitstand. Dies wiederum behinderte ebenfalls eine geordnete Produktion der anderen Industriezweige. Die Kriegsnachwirkungen waren, so läßt sich jedoch abschließend sagen, in den einzelnen Bereichen der japanischen Wirtschaft sehr unterschiedlich spürbar ¹.

Die Nachwirkungen des Krieges beschränkten sich nicht nur auf die Produktionsstruktur, sondern ließen sich auch in der veränderten Flächen- und Bevölkerungsstruktur erkennen. Durch den Verlust von 45% seines Staatsgebiets in Korea, Formosa, Okinawa, den Kurilen, Sachalin und anderswo, und der damit verbundenen Repatriierung von jährlich 1,5 Mio. Japanern in den ersten Nachkriegsjahren hatte Japan einen ungeheuren Überschuß an Arbeitskräften. Hinzu kam, daß auf den vier Hauptinseln Japans wegen der vielen Berge nur 14% des Landes für Reis- und Ackerbau nutzbar sind, während Wälder 55,3% des Landes einnehmen². In den Grenzen des 1945 festgelegten Staatsgebiets hatten 1940 72,5 Mio. Japaner gelebt, deren Zahl bis zum Kriegsende auf 71,9 Mio. sank; allerdings sind zu dieser Bevölkerungszahl noch die 6,5 Mio. Japaner der Zivilbevölkerung und des Militärs in den besetzten bzw. besiedelten Gebieten hinzuzurechnen. In den nun folgenden fünf Jahren wuchs die Bevölkerung auf 83,5 Mio. (Stand 1950) an. Gleichzeitig hatte sich während des Krieges das Verhältnis zwischen dem Anteil der Männer bzw. der Frauen an der Gesamtbevölkerung zuungunsten der Männer verschoben, nachdem der Krieg 1,85 Mio. Menschenopfer gefordert hatte, davon 0,3 Mio. aus der Zivilbevölkerung. Dementsprechend fehlte es an männlichen Arbeitskräften, die, wo nur möglich, durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt werden mußten. Der Anteil zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften verschob sich in der Landwirtschaft und im Handel folgendermaßen: In der Landwirtschaft hatte es 1930 54,7% männliche gegenüber 45,3% weiblichen Arbeitskräften gegeben, 1944 dagegen nurmehr 41,6% gegenüber 58,4%; im Handel war das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Arbeitskräften 1930 69,4% zu 30,6%, betrug aber 1944 bereits 47,7% zu 52,3%³.

In den Kriegsjahren hatte es der Mangel an Arbeitskräften notwendig gemacht, auch die jüngere Generation aus den Schulen und Hochschulen direkt oder indirekt in die Produktion miteinzubeziehen;

¹ Nach der Ermittlung des Wirtschaftsrates (Keizai Antei Hombu) waren am Ende des Krieges Produktionsanlagen, wie z. B. die der Wasserkraftwerke oder der Stahlindustrie im Vergleich zur Zeit vor den Luftangriffen auf die Hauptinsel Honshu fast unzerstört geblieben, dagegen war die Produktionskapazität der Maschinenindustrie um 30%, die der Autoindustrie um 50% zerstört worden. KEIZAI KIKAKU CHO (Hrsg.): SENGO KEIZAISHI, SOKAN HEN, Tokio, 1957, S. 99.

² SOKAN HEN: a. a. O., S. 12.

³ SOKAN HEN: a. a. O., S. 17.

dementsprechend waren im Juli 1944 bereits 3,4 Mio. Schüler und Studenten für die Produktion mobilisiert worden. Darüber hinaus hatten in den Jahren 1940 bis 1945 1,6 Mio. Arbeiter zwangsweise ihre Arbeitsstelle wechseln müssen bzw. wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet, als die Rüstungsindustrie immer mehr Arbeitskräfte forderte. Zusätzlich wurden aus den besetzten und besiedelten Gebieten Fremdarbeiter nach Japan geholt, deren Zahl von 85 000 im Jahre 1939 auf 290 000 Ende 1944 anstieg⁴.

Mit der Niederlage mußte die kriegsbedingte Struktur des Arbeitsmarktes zerbrochen und der Friedenswirtschaft entsprechend neu aufgebaut werden. Durch die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und unter dem Zustrom der Repatriierten änderte sich aber auch das Verhältnis der Stadtbevölkerung zur Landbevölkerung; standen sie 1940 im Verhältnis 37,9% zu 62,1% der Gesamtbevölkerung zueinander, so hatte sich dies 1945 auf 27,8% zu 72,2% verändert und erreichte erst 1950 wieder ein Verhältnis von 37,5% zu 62,5%⁵.

⁴ SOKAN HEN: a. a. O., S. 18.

⁵ Wenn nicht anders vermerkt, sind im weiteren die statistischen Daten den öffentlichen Statistiken des Wirtschaftsministeriums etc. entnommen.

Jedoch ist hier anzumerken, daß es in den ersten Monaten nach Kriegsende keine offizielle Stelle für die Aufstellung gesamtwirtschaftlicher Zahlen gab. Diese Aufgabe übernahm zunächst ein privates Institut, die Kokumin Keizai Kyokai, daneben gab es eine amerikanische Statistik zur japanischen Volkswirtschaft, aufgestellt vom General Headquarters Supreme Commander for the Allied Powers, Economic and Scientific Section, Research and Programme Division, die der Wirtschaftspolitik der Besatzungsmacht zur Orientierung dienen sollte. Erst mit dem Ausbau des Wirtschaftsrates zum Wirtschaftsministerium entstand die neue offizielle japanische Statistik.

Diese drei Statistiken unterscheiden sich in folgenden drei Punkten: Basisjahre, Warenzusammensetzung bei der Indexrechnung und Gewichtung der Industriezweige bei der Indexrechnung. Man kann sagen, daß der Index der Statistik des GHQ wie auch des Wirtschaftsrates die Entwicklung der Schlüsselindustrie besser wiedergibt als der der Kokumin Keizai Kyokai, die in erster Linie die Friedensindustrie, wie z. B. die Textilindustrie, berücksichtigte und Produkte, die zur Rüstungsindustrie zu rechnen waren, bei der Errechnung ausnahm. Die Rechnung der Kokumin Keizai Kyokai gibt, so kann man sagen, ein pessimistischeres Bild der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich zu den beiden anderen.

Im Jahre 1951 wurde die statistische Rechnungsmethode des Wirtschaftsrates geändert, bisherige Statistiken wurden korrigiert. Die neue statistische Rechnungsmethode legte das Schwergewicht auf die Schwer- und Chemieindustrie im Gegensatz zu den Berechnungen der Vorkriegszeit, in denen die Leichtindustrie, z. B. die Textilindustrie, als stellvertretend für die japanische Wirtschaft angesehen worden waren.

Für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung auf der Grundlage einer freien Marktwirtschaft sah die japanische Regierung zunächst keine ernsthaften Probleme bis auf die durch die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die freie Marktwirtschaft hervorgerufene Gefahr einer Störung des wirtschaftlichen Kreislaufs, die mit der Kürzung der Kriegsausgaben und der Stilllegung der Rüstungsindustrie beim Eintritt des Friedens drohte. In der Regierungserklärung vom 18. August 1945 hieß es, daß die eigentliche Gefahr bei der wirtschaftlichen Umstellung nicht in der Inflation bestehe, sondern sehr wahrscheinlich in der Deflation, die aus der Lähmung der Wirtschaftstätigkeit in der ersten Nachkriegszeit entstehen könne. Es sei daher die Aufgabe der Regierung, alle staatlichen Vorräte dem freien Markt zur Verfügung zu stellen, um das Wirtschaftsleben des Volkes zu sichern und die soziale Ordnung wiederherzustellen. Entsprechend wurden in der japanischen Wirtschaftspolitik keine Vorbeugemaßnahmen gegen eine mögliche Nachkriegsinflation getroffen, sondern ganz im Gegenteil wurden gleich am Tag der Kapitulationserklärung, dem 15. August 1945, die während des Kriegs gesperrten Spareinlagen freigegeben, und man begann, um das Volk zu beruhigen, großzügig Renten und Sold für das Militär auszuzahlen. Und sogar die Rüstungsindustrie bekam Entschädigungen und Subventionen für stornierte Aufträge und damit verbundene Entlastungskosten in Form von Geldern und Sachlieferungen. Diese Entschädigungsmaßnahmen wurden zwar später von der Besatzungsmacht als Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen verurteilt, aber das Verfahren des „Zurückkassierens“ der Entschädigungen dauerte bis 1950, so daß der größte Teil verlorenging bzw. die Aktion wegen der inzwischen eingetretenen inflationären Preisentwicklung ihren Sinn verlor.

Um die mit diesen Auszahlungen verbundenen Kosten zu decken, ließ die Regierung von der Zentralbank in fast unbegrenztem Maße Papiernoten drucken. Das Umlaufvolumen der Papiernoten stieg von 30,2 Mrd. Yen am 15. August 1945 auf 55,4 Mrd. am Jahresende. Die dadurch geschaffene Vermehrung der Kaufkraft zerstörte das Gleichgewicht von Produktion und Konsumtion völlig, in das während der Kriegszeit schon zugunsten der Kriegswirtschaft eingegriffen worden war, und die Preise kletterten unaufhaltsam in die Höhe. Am 25. November befahl daher der Oberkommandierende der Besatzungsmacht, *General MacArthur*, die Auszahlung der Entschädigungen an

die Rüstungsindustrie und der Militärrenten einzustellen sowie neue Steuern, wie die Vermögenssteuer und die Kriegsgewinnsteuer, einzuführen, in der Hoffnung, auf diese Weise die Inflation von der monetären Seite her zu beseitigen. Die Ankündigung neuer Steuern aber verursachte einen Kaufansturm auf Sachgüter und gab damit einen weiteren Anstoß zur Preissteigerung, obwohl die geplanten Steuern keineswegs im geplanten Ausmaß verwirklicht wurden. Die drastische Preissteigerung innerhalb kurzer Zeit führte dann schließlich dazu, daß sowohl die Rohstoffproduzenten als auch die Besitzer von Produktionsanlagen das Interesse an der Fortsetzung der Produktion verloren und statt dessen lieber die Wertsteigerung ihrer Lagerbestände abwarteten.

Die Wurzeln der Nachkriegsinflation reichen bis tief in die Kriegszeit hinein. Während des Kriegs war die gesamte Wirtschaftsstruktur zugunsten der Rüstungsindustrie umgewandelt worden. Rohstoffe, Produktionsanlagen, Arbeitskräfte und Kapital standen für militärische Zwecke unter staatlicher Lenkung, Löhne und Preise wurden staatlich kontrolliert. Diese Wirtschafts- und Sozialordnung der Kriegszeit sollte nach der Niederlage von Grund auf geändert und eine marktwirtschaftliche Ordnung errichtet werden. Doch in der Nachkriegszeit stieg durch die Repatriierung die Bevölkerung, die von der Landwirtschaft ernährt werden mußte, sprunghaft an. Gleichzeitig kam es zu Mißernten, so daß zu der Inflation eine Ernährungskrise hinzutrat.

Die Nachkriegsregierung sah aber für den Übergang in die Friedenswirtschaft nur monetäre Maßnahmen vor. Die Verordnung vom 16. Februar 1946 leitete eine Währungsreform ein und sperrte die bei den Geldinstituten aufgestauten Gelder. Jeder Haushalt durfte jetzt nur bis zu 500 „neue“ Yen vom Sparkonto abheben. Dieser Betrag sollte gleichzeitig als Richtlinie für den neuen, durchschnittlichen Monatslohn der Industriearbeiter gelten. Durch diese Maßnahme sank die Ausgabemenge der Papiernoten durch die Zentralbank von 61,8 Mrd. Yen am 18. Februar 1946 auf 15,2 Mrd. Yen am 12. März 1946, und die Preisentwicklung begann für kurze Zeit zu stagnieren. Die gesperrten Gelder sollten dann von den Geldinstituten zur Förderung der Industrieproduktion verwandt werden. Zur Durchführung dieser drastischen Maßnahme benötigte die japanische Regierung jedoch die Zustimmung der Besatzungsmacht. *General MacArthur* genehmigte am 17. Februar 1946 diesen Schritt von japanischer Seite

zur Bekämpfung der Inflation mit der Begründung, daß das GHQ von der japanischen Regierung schon immer eine wirksame Maßnahme zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung gefordert habe, schränkte aber ein, daß das GHQ eine solche Maßnahme nur unterstütze, wenn sie demokratisch sei und demokratisch durchgeführt werde.

Außer dieser Maßnahme ergriff die japanische Regierung keine weitere Initiative, so daß diese monetäre Maßnahme vom 16. Februar 1946 eine Einzelaktion in der Wirtschafts- und Geldpolitik blieb. Dies liegt in erster Linie an der grundlegenden Einstellung der japanischen Regierung zum Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, der sich sozusagen von selbst auf dem Weg der freien Marktwirtschaft vollziehen sollte. Dementsprechend hieß es in der Parlamentsrede des damaligen Finanzministers und späteren Premierministers *Ishibashi*, daß es die Aufgabe der Staatsfinanzen sei, dem Volk Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen und die Industrie zu fördern und auf diese Weise in der japanischen Volkswirtschaft die Vollbeschäftigung zu erreichen. Es könne nicht von einem gesunden Staatshaushalt gesprochen werden, d. h. vom bloßen Ausgleich der Staatseinnahmen und -ausgaben, solange es noch so viele Arbeitslose gebe und die vorhandenen Produktionsanlagen nicht voll in Anspruch genommen seien. Die derzeitige Preisentwicklung sei deshalb keine Inflation, da Inflation im wahren Sinne des Wortes nur bei Vollbeschäftigung auftreten könne. Von diesem Standpunkt aus führte *Ishibashi* eine Beschäftigungspolitik im Keynesianischen Sinn durch und deckte die dadurch entstandenen Kosten durch die Ausgabe von Staatspapieren, die der Zentralbank zur Deckung der Ausgabe von Papiernoten gegeben wurden. Das Umlaufvolumen der Papiernoten stieg dadurch wieder auf 70,0 Mrd. Yen am Ende des Jahres 1946 an.

Die inflationäre Preisentwicklung in den ersten Nachkriegsjahren läßt sich am deutlichsten mit dem folgenden Zahlenbeispiel belegen: Setzt man den durchschnittlichen Großhandelspreis für Tokio von 1934/36 als 1, so betrug er im Jahre 1944 bereits 2,3; im Jahre 1945 3,4; bis zum Jahre 1946 kletterte er auf 16,2 und stieg in den folgenden Jahren steil an auf 48,2 im Jahre 1947, auf 128,1 im Jahre 1948, auf 208,7 im Jahre 1949 und auf 245,5 im Jahre 1950. Allerdings spiegeln diese Indexzahlen die tatsächliche Preislage nur ungenau wider, da viele Preise in der Zeit noch staatlich festgelegt waren und man da-

mals im Grunde genommen hauptsächlich von Warenbezugs-scheinen und Lebensmittelkarten lebte. Neben dem halbzwangswirtschaftlichen Bereich gab es außerdem noch den Tauschhandel und einen umfangreichen schwarzen Markt. Ohne diese beiden Marktmöglichkeiten wären wahrscheinlich viele verhungert. Der durchschnittliche Schwarzmarktpreis betrug aber im Verhältnis zum staatlich festgelegten Preis für Verbrauchsgüter in Tokio im Jahre 1946 das 36fache ⁶.

2. Die Besatzungspolitik

Besonders in den ersten Besatzungsjahren wurden von amerikanischer Seite verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen durchgeführt. Auch wenn die amerikanische Besatzungspolitik während der gesamten Besatzungszeit differenziert betrachtet werden muß, da sie keineswegs einheitlich verlief, sondern sich im Zusammenhang mit der jeweiligen Situation in Japan und auch mit der internationalen politischen Entwicklung änderte, so geht doch aus neuesten Aktenstudien hervor, daß das Grundprinzip der amerikanischen Besatzungspolitik bereits im Mai 1944 festgelegt worden war. Nach dem Motto des „Soft Peace“ sollte

1. das Tenno-System beibehalten werden,
2. ein indirektes Regieren der Besatzungsmächte über die japanische Regierung gewährleistet werden und
3. eine Teilung Japans nicht ausgeschlossen werden ⁷.

Die eigentliche Besatzungszeit begann am 30. August 1945 mit der Landung *General MacArthurs* auf dem Militärflughafen Atsugi bei Yokohama und dauerte bis zum 28. April 1952, dem Tag des Inkrafttretens des am 8. September 1951 in San Francisco unterzeichneten Friedensvertrages. Hiermit wurde endlich auch das Generalhauptquartier der Alliierten (GHQ), das Besatzungsorgan in Tokio, aufgelöst.

Es hatte seinen Sitz zunächst in Yokohama, wurde aber im September 1945 bereits nach Tokio verlegt. Die Errichtung eines Hauptquartiers für die alliierten Streitkräfte war von der amerikanischen Regierung

⁶ SOKAN HEN: a. a. O., S. 65.

⁷ NIHON HOSO KYOKAI (Hrsg.): Nihon no Sengo, Bd. I.

schon vor der Kapitulation Japans beschlossen worden, und am 14. August 1945, einen Tag vor der Rundfunkansprache des Kaisers, wurde die japanische Regierung von dem Oberkommandierenden *General MacArthur* von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt. Außer dem GHQ gab es in Tokio noch den Alliierten Rat, bestehend aus Abgeordneten der USA, der Sowjetunion, Chinas und des Britischen Commonwealth (England, Australien, Neuseeland und Indien), der den Oberkommandierenden beraten sollte. An der Spitze der Besatzungsmacht stand die Kommission Fernost in Washington, der Abgeordnete aus elf Ländern angehörten, und zwar aus den USA, Großbritannien, der Sowjetunion, China, Frankreich, Holland, Kanada, Australien, Neuseeland, Indien und den Philippinen. Diese internationale Körperschaft hatte in bezug auf die Besatzungspolitik Weisungsbefugnis gegenüber der amerikanischen Regierung, die die Anweisung formulierte und weitergab. Die Aufgabe des Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Tokio war es dann, diese Anweisungen durchzuführen. Das GHQ hatte zwei Abteilungen, eine für Militärangelegenheiten und die andere für die Zivilverwaltung. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen, die in der ersten Nachkriegszeit in Japan vollzogen wurden, wurden hauptsächlich von der letztgenannten Abteilung ausgearbeitet und durchgeführt.

Die Besatzungspolitik insbesondere der amerikanischen Regierung läßt sich in drei Phasen unterteilen. Die erste Phase war gekennzeichnet durch die Entmilitarisierungs- und Demokratisierungsmaßnahmen, wobei die Betonung auf der Ablehnung des Krieges und der Hervorhebung der Menschenrechte sowie einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung lag. Entsprechend wurden in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende verschiedene Reformen durchgeführt, wie z. B. die Landreform, Gesetze wie z. B. das Anti-Monopolgesetz zur Entflechtung der Zaibatsu, verabschiedet, und auch die Gewerkschaften wurden wieder zugelassen. Das Ziel dieser Reformen war, die japanische Wirtschaft und Gesellschaft zu demokratisieren. Für den Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft dagegen lehnte die amerikanische Besatzungsmacht jegliche Verantwortung ab. So wies der amerikanische *Präsident Truman* den kommandierenden General des GHQ in Tokio, *MacArthur*, am 22. September 1945, gleich nach der Besetzung, an, sich weder um den Neuaufbau der japanischen Wirtschaft zu kümmern noch Verantwortung für die Aufrechterhaltung eines gewissen Lebensstandards des japanischen Volks zu tragen.

Die zweite Phase der Besatzungspolitik begann dann im Jahre 1948 mit der Erklärung des amerikanischen Kriegsministers *Kenneth Royall* am 3. Jan. 1948, daß Japan eine gesunde, autonome Wirtschaft brauche und dem anschließenden Antrag auf 5 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe für Japan, den das amerikanische Parlament auch bewilligte. Die wachsende Kluft zwischen den beiden Blocks Amerika und Sowjetunion machte auch in Japan eine Revision der Besatzungspolitik notwendig. Unmittelbares Resultat dieser Kursänderung war die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung des japanischen Außenhandels und zur Beschaffung von Rohstoffen über die Fonds der GARIOA (Government Application for Relief in Occupied Areas) und der EROA (Economic Rehabilitation in Occupied Areas). Im Zusammenhang mit der finanziellen Hilfe wurden im Dezember 1948 die sog. neun Prinzipien zur Stabilisierung der japanischen Wirtschaft bekanntgegeben, und im Anschluß daran kam der amerikanische Bankier *Joseph Dodge*, der auch an der Ausarbeitung der deutschen Währungsreform mitwirkte, als Wirtschaftsberater des GHQ nach Tokio.

Die dritte Phase der Besatzungspolitik setzte schließlich mit Beginn des Koreakrieges ein und dauerte bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages von San Francisco vom 8. September 1951. War die zweite Phase vom wirtschaftlichen Aufbau geprägt, so war die dritte und letzte Phase von der Sicherheitsfrage bestimmt. Eine nationale Polizeireserve von 75 000 Japanern wurde neu aufgestellt zur Verstärkung der bereits bestehenden Polizeitruppe und der nunmehr in Korea stationierten amerikanischen Streitkräfte.

II. Der Beginn staatlicher Eingriffe in die Wirtschaftsführung

1. Die Keisha-Seisan-Methode

Die japanische Regierung sah ihre wirtschaftspolitische Hauptaufgabe in erster Linie darin, die Produktion der japanischen Wirtschaft um jeden Preis zu steigern und somit den Übergang von der Kriegswirtschaft zu forcieren. Die Industrieproduktion, die im August 1945 auf unter ein Zehntel des Vorkriegsstandes gesunken war, erreichte im Juni 1946 immerhin ein Viertel und stieg bis September 1946 auf beinahe ein Drittel des Vorkriegsstandes an. Schon damals zeigten sich einige Ungleichgewichte beim Verlauf des Wiederaufbaus der Indu-

strie, und zwar auf dreierlei Weise: Erstens hielt die Nachkriegsinflation trotz der Steigerung der Industrieproduktion weiter an, zweitens war das Tempo der Produktionssteigerung in den einzelnen Industriebranchen äußerst unterschiedlich und drittens litt die Industrieproduktion unter den saisonbedingten Schwankungen in der Energiezulieferung außerordentlich stark.

Während des Krieges war die japanische Volkswirtschaft zugunsten der Rüstungsindustrie immer mehr auf die Schwerindustrie hin umstrukturiert worden. Da die Produktionsanlagen der Eisen- und Stahlindustrie und der Chemieindustrie sowie der Bergwerke relativ gut erhalten geblieben waren, lag das Produktionsniveau in diesen Bereichen bei Kriegsende noch über der Hälfte des Vorkriegsstandes. Die Verbrauchsgüterindustrie war dagegen auf ein Zwanzigstel des Vorkriegsstandes gesunken. Da die bisherige Wirtschaftsstruktur beim Friedenseintritt nach marktwirtschaftlichen Prinzipien umgestellt wurde, mußten die Industrien der steigenden Nachfrage entsprechend immer mehr Verbrauchsgüter produzieren. Dementsprechend stellte die Schwerindustrie, wie z. B. *Nihon Seitetsu*, der größte *Stahlkonzern*, aus ihren vorrätigen Materialien Töpfe, Kessel usw. her, nachdem für ihre eigentlichen Produkte keine Nachfrage mehr bestand. Obwohl die Eisen- und Stahlindustrie ihren Produktionsstand kaum verbesserte, erreichte die Maschinen- und Eisenwarenindustrie im September 1946 bereits die Hälfte des Vorkriegsstandes. Mit anderen Worten, in den meisten Bereichen der verarbeitenden Industrie wurden die Lagerbestände aus der Kriegszeit aufgebraucht.

Die Gewinnung neuer Rohstoffe und die Beschaffung weiterzuverarbeitender Materialien war unter der Außenhandelskontrolle der Besatzungsmacht in der Tat sehr schwer. Einen Teil der benötigten Rohstoffe und Materialien bekam die verarbeitende Industrie von der Regierung zugeteilt, aber einen nicht geringeren Teil verschaffte sie sich auf dem schwarzen Markt. So bekam z. B. die Autoindustrie in der Zeit von Oktober 1945 bis September 1946 23% ihres benötigten Stahls aus den Zuteilungen der Regierung, 27% aber kaufte sie auf dem schwarzen Markt und 50% nahm sie aus eigenen Vorräten. Die Produzenten von Transformatoren gar verarbeiteten zu 67% Stahl aus eigenen Lagerbeständen, und 24% des verarbeiteten Stahls hatten sie auf dem schwarzen Markt gekauft⁸. Da angesichts der steilen

⁸ ARISAWA, H.: *Senji Sengo no Kogyo oyobi Kogyoseisaku*, in: *Sengo Nihon Keizai no Shomondai*, Tokio, 1949, S. 106.

Preisentwicklung die Produzenten von Rohstoffen und weiterzuverarbeitenden Industriematerialien nicht mehr an deren Auslieferung bzw. Herstellung interessiert waren, ließ sich schon damals die Gefahr erkennen, daß der wirtschaftliche Kreislauf nach Ausschöpfung der Lagerbestände zusammenbrechen werde.

Ein weiterer störender Faktor bei der Wiederherstellung einer geordneten Produktion waren die saisonbedingten Schwankungen in der Energiezulieferung. Japan war und ist ein Land ohne eigene Energiequellen, wenn man von den Steinkohlevorkommen und der Stromerzeugung durch Wasserkraft einmal absieht. Die Wasserkraftwerke waren während des Kriegs gut erhalten geblieben und produzierten nach dem Krieg sogar mehr Strom als vor dem Krieg. Da aber die Stromerzeugung vom Wasserstand abhing, sank sie im Winter, zu einer Zeit, in der der Stromverbrauch der Bevölkerung zunahm. Der Stromverbrauch der Bevölkerung im Winter stieg in der Nachkriegszeit besonders stark an, weil in den Städten Brennstoffmangel herrschte. Dies hatte zur Folge, daß die Stromzulieferung für industrielle Zwecke reduziert werden mußte. Der Anteil des Stromverbrauchs der Bevölkerung an der gesamten Stromerzeugung betrug jetzt 30% im Gegensatz zu 10% in der Vorkriegszeit. Die *Tokioter Industrie- und Handelskammer* stellte fest, daß in ihrem Gebiet die Fabriken in der Winterzeit 1945/46 wegen Strommangels ihre Produktion im Durchschnitt um 40% drosseln mußten⁹.

Die Steinkohlenbergwerke dagegen hatten vor dem Krieg 80% des Inlandbedarfs decken können. Aber obwohl die Bergwerksanlagen vom Krieg verschont geblieben waren, erbrachten sie in der ersten Nachkriegszeit nur die Hälfte der Fördermenge der Vorkriegszeit, nämlich nur 20 Mio. t. Dies lag vor allem daran, daß die inländischen und ausländischen Zwangsarbeiter unter den Bergleuten mit der Niederlage befreit wurden. In der Kriegszeit waren Bergarbeiter aus den besetzten bzw. besiedelten Gebieten zur Zwangsarbeit verpflichtet worden, und während 1939 97% der Bergarbeiter Japaner waren, betrug im Juni 1945 der Anteil der Fremdarbeiter 40%. Hinzu kommt, daß während der Kriegszeit immer weniger Material für die Bergwerke zur Verfügung gestellt wurde, wie z. B. Stahl und Zement, nur Holz war in ausreichendem Maße vorhanden. Dementsprechend stieg die Unfallquote in den Bergwerken während der Kriegszeit und auch in der direkten Nachkriegszeit an. Dies hatte ebenfalls zur Folge, daß die ab-

⁹ ARISAWA, H.: a. a. O., S. 118.

solute Fördermenge sank und darüber hinaus auch die Pro-Kopf-Arbeitsproduktivität. Die Steinkohlenbergwerke waren aber nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geschwächt, sondern darüber hinaus bildeten die Fremdarbeiter, die mit Ende des Krieges befreit worden waren, einen sozialen Unruheherd, wenn sie z. B. in Demonstrationen oder mit Sabotagen Entschädigungen für ihre bisherige Zwangsarbeit forderten.

Tabelle 1: Die Produktion einiger Industriezweige in der ersten Nachkriegszeit in Japan (1945, 1946 und 1947)

	1945			1946			1947
	April	Au- gust	De- zem- ber	März	Sep- tem- ber	De- zem- ber	März
Durchschnitt aller verarb. Industrie	21,7	7,5	12,1	18,2	29,9	24,3	29,9
Textilindustrie	6,5	5,4	4,4	6,2	15,1	17,9	17,7
Chemieindustrie	37,7	8,4	14,0	19,1	27,9	15,9	26,3
Eisen- u. Stahlindu- strie	44,8	4,2	3,3	6,8	7,6	6,2	8,9
Maschinen- industrie	12,1	5,7	8,5	29,4	48,9	46,7	41,4
Steinkohlen- bergbau	103,8	48,3	24,7	47,4	50,6	62,7	65,1

Quelle: ARISAWA, H.: Senzi Sengo no Kogyo oyobi Kogyoseisaku, Tokio 1949, S. 91; Indexzahlen der Kokumin Keizai Kyokai, 1935/37 = 100.

Der Beraterkreis der Regierung bemerkte erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1946, daß die japanische Wirtschaft die Rohstoffe und Materialien aus den Lagerbeständen aufbrauchte und der wirtschaftliche Kreislauf dadurch keineswegs wiederbelebt worden war. Andererseits konnte im Verteilungsplan für Industrierohstoffe und -materialien für das III. und IV. Quartal des Rechnungsjahres 1946, der erst am 1. November 1946 beschlossen werden konnte¹⁰, für viele Industriezweige nicht mehr als 40% der tatsächlich benötigten Mengen vorgesehen werden, für die Zulieferung von Stahl, Kupfer etc. konnten sogar nur 15% der benötigten Menge vorgesehen werden. Die wirtschaftspolitischen Überlegungen der Regierung mußten in diesem

¹⁰ Das fiskalische Jahr beginnt in Japan am 1. April und endet am 31. März des folgenden Jahres.

Zeitpunkt schließlich dahingehen, eine Lösung aus diesem Dilemma zu finden, denn es war mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß mit dem Ausschöpfen der Lagerbestände an Rohstoffen und Materialien die japanische Volkswirtschaft unweigerlich in einen Schrumpungsprozeß geriete. Eine geschrumpfte Volkswirtschaft aber wieder anzukurbeln wäre ohne Vorräte nicht möglich. Tatsächlich begann die Industrieproduktion im III. Quartal zu stagnieren. Als Zeitpunkt, an dem auch die letzten Lagerbestände an Rohstoffen und Materialien erschöpft sein würden, wurde der März 1947 für wahrscheinlich gehalten. Als vordringlichste Aufgabe erschien die Sicherung der Steinkohlenversorgung im kommenden Winter, sowohl für die Industrieproduktion als auch für die Heizung. Über die Sicherung der Produktion hinaus war es aber unabdingbar, noch zusätzlich Steinkohle für einen Anstoß zur Steigerung der Produktion zu fördern. Nach damaligen Berechnungen war eine 10%ige Steigerung der Industrieproduktion durch eine 10%ige Erhöhung der Steinkohlenlieferung für Industriezwecke vorgesehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß auch weiterhin Rohstoffe und Materialien zur Verfügung stünden.

Grundsätzlich ging die Nachkriegsregierung davon aus, daß sich die Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft auf der Ebene einer freien Marktwirtschaft vollziehen müsse. Aber nach anderthalb Jahren verschärfte sich die Diskrepanz zwischen Produktion und Konsumtion immer mehr, ohne daß in naher Zukunft mit der Aufhebung dieser Diskrepanz gerechnet werden konnte, und die daraus resultierende inflationäre Preisentwicklung sowie der Mangel an Grundnahrungsmitteln verursachten überall soziale Unruhe. Die Regierung sah sich deshalb vor die Frage gestellt, nun doch mit weitgehenden Initiativen in die Wirtschaftsführung einzugreifen. Die Entscheidung darüber fiel im Dezember 1946, als im Kabinett beschlossen wurde, die vom Beraterkreis des *Premierministers Yoshida* vorgeschlagene Maßnahme zur Steuerung der Industrie auf administrativem Wege in die Praxis umzusetzen ¹¹. Das Ziel dieser Maßnahme war die Erhöhung der Steinkohlenförderung und ein dadurch zu erzielender Stimulus auf die allgemeine Industrieproduktion. Um dieses Ziel

¹¹ Der Einsatz der neuen Keisha-Seisan-Methode war ursprünglich mit der sofortigen Einfuhrgenehmigung des GHQ im Dezember 1946 für Öl und Koks verbunden gewesen, die die bevorstehende Wirtschaftskrise überwinden helfen sollte. Die Öleinfuhr erfolgte aber erst im Juni 1947.

zu erreichen, sollten alle vorhandenen Materialien, insbesondere Stahl, vorzugsweise in den Bergwerken eingesetzt werden, und den Bergarbeitern und Bergwerksangestellten sollten Lebensmittel und andere Konsumgüter bevorzugt zugeteilt werden.

Diese Maßnahme wurde von ihrem Initiator *Prof. Arisawa* als *Keisha-Seisan-Methode* bezeichnet. Den Ausdruck könnte man vielleicht mit „Beschleunigung der Produktion (seisan) durch Gefälle (keisha)“ übersetzen. Gemeint war, daß zunächst das Jahresproduktionsoll der Steinkohlenbergwerke von 27 Mio. Tonnen auf 30 Mio. Tonnen erhöht werden sollte und damit der Anteil der Steinkohle für Industriezwecke. Zu diesem Zweck sollten zunächst die Stahlindustrie ihren Stahl vorrangig an die Bergwerke und umgekehrt die Bergwerke ihre Steinkohle vorrangig an die Stahlindustrie liefern, um so wiederum die Stahlproduktion hochzuschaukeln. Auf diese Weise sollten sich die beiden Schlüsselindustrien gegenseitig auf ein höheres Produktionsniveau bringen. Mit dieser Methode versuchte die japanische Regierung die Basis ihrer Volkswirtschaft, nämlich die Stahlproduktion und Kohleförderung, zu sichern und zu festigen, um auf dieser Grundlage eine allgemeine Produktionssteigerung zu forcieren. Diese Methode sollte zunächst im letzten Quartal des Rechnungsjahres 1946, und zwar von Januar bis März 1947, angewandt werden. Dies war gleichzeitig der Beginn zielstrebigter staatlicher Eingriffe in die Wirtschaftsführung der Nachkriegszeit.

Entsprechend der neuen Richtung in der Wirtschaftsführung erklärte *Finanzminister Ishibashi* die Abkehr von der bisherigen Inflationspolitik und stellte die unbegrenzte Ausgabe von Staatspapieren ein. Zur Sicherung des Investitionskapitals für die Schlüsselindustrie wurde mit der Verordnung vom 1. 3. 1947 die Industriefinanzierung über Kreditinstitute reglementiert. Die verstärkten Initiativen der Regierung in bezug auf die Wirtschaftsführung fanden auch im GHQ Beifall.

2. Der Wirtschaftsrat

Die Inflation und die sozialen Unruhen der ersten Nachkriegszeit waren mit einer Ernährungskrise verbunden. Infolge der schlechten Ernten in den Jahren 1945, 1946 und 1947 und der unzureichenden Lebensmitteleinfuhr konnte die japanische Regierung die Lebensmittel für die tägliche Pro-Kopf-Ration der Bevölkerung nicht mehr sicher-

stellen, selbst die versprochene Tageseinheit von 1500 Kalorien pro Person konnte nicht mehr erreicht werden. Die „Mai-Tag-Demonstration“ vom 17. Mai 1946 stand dementsprechend unter dem Motto „Gebt uns Reis“, und über eine halbe Million Demonstranten versammelten sich vor dem Kaiserpalast. Diese Demonstration war von den im Zuge der Demokratisierungsmaßnahmen der Besatzungsmacht wiederzugelassenen Gewerkschaften organisiert worden. Im November 1946 drohten die Gewerkschaften sogar die Regierung zu stürzen, indem ihre Dachorganisation für den 1. Februar des nächsten Jahres einen Generalstreik ankündigte, falls bis dahin keine wirksamen Maßnahmen zur Überwindung der Ernährungskrise und der Inflation ergriffen sein sollten. Diese Aktion wurde von den Kommunisten und vom linken Flügel der Sozialisten geleitet. Am Vorabend des angekündigten Generalstreiks, am 31. Januar 1947, stellten Sozialisten und Kommunisten für den Fall des Sturzes des *Kabinetts Yoshida* ein Schattenkabinet auf. Am gleichen Tag stärkte aber auch *Yoshida* sein Kabinet durch eine Umbildung, indem er seine engen Vertrauten *Ozaki*, *Ikeda* und *Sato* als Staatssekretäre des Außen-, Finanz- bzw. Verkehrsministeriums einsetzte ¹².

Der angekündigte Generalstreik wurde zwar gerade noch in letzter Stunde durch ein Verbot des GHQ vermieden, aber die sozialen Unruhen hielten weiterhin an. Daran zeigte sich, daß die *Regierung Yoshida* weder in der Lage war, politische und gesellschaftliche Konflikte aus eigener Kraft zu lösen, noch mit eigenen, wirtschaftlichen Leistungen den gesellschaftlichen Erfordernissen zu genügen. In bezug auf diese Lage erinnerte *General MacArthur* *Yoshida* in seinem Schreiben vom 22. März 1947 daran, daß die Aufbringung von Lebensmitteln und lebensnotwendigen Gütern sowie deren angemessene Rationierung in der Verantwortung der japanischen Regierung läge, und daß eine Einfuhr von Lebensmitteln erst dann möglich sei, wenn zunächst alle inländischen Lebensmittelreserven zugänglich gemacht worden seien. Er betonte dabei nochmals, daß das GHQ keineswegs für die Aufrechterhaltung eines gewissen Lebensstandards des japanischen Volkes verantwortlich gemacht werden könne. Er schlug dann vor, einen Wirtschaftsrat zu bilden, der für die Wirtschaftspolitik der Regierung zuständig zu sein habe, da der wirtschaftliche Aufbau gerade von den Bemühungen der japanischen Ad-

¹² Diese Vertrauten *Yoshidas* spielten als Vertreter der „*Yoshida-Schule*“ in der späteren, politischen Entwicklung Japans eine entscheidende Rolle.

ministration um eine demokratische und effektive Wirtschaftsführung abhängig sei. In seinem Antwortschreiben vom 28. März stimmte *Yoshida* dem Vorschlag zu und erklärte, daß man die japanische Wirtschaft nicht mehr der freien Marktwirtschaft überlassen könne, und daß ein Wirtschaftsrat, dem nicht nur Bürokraten, sondern auch Politiker, Hochschullehrer und Industrielle angehören sollten, als zentrale Planungsstelle eingesetzt werden müsse. Im Mai 1947 wurde dementsprechend das bisherige private Beratungsgremium des Premierministers zur offiziellen Zentralplanungsstelle der japanischen Wirtschaftspolitik umfunktioniert. Der Direktor des neuen Wirtschaftsrats wurde indirekt dem Premierminister unterstellt und konnte nunmehr direkte Weisungen an andere Ministerien erteilen.

Die Bildung einer Sozialisten-Regierung im Juni 1947, die aus der ersten Generalwahl nach der am 3. Mai 1947 in Kraft getretenen Verfassung hervorgegangen war, war für die Durchführung einer Wirtschaftspolitik nach einem zentralistischen Wirtschaftsplan günstig. Die neue Regierung appellierte ans Volk und forderte es zum Aufbau der Volkswirtschaft auf, wobei sie die Erreichung des Lebensstandards der Vorkriegszeit zum Ziel setzte. Es sollte dabei vor allem die Steigerung der Produktion, der Ausgleich von Produktion und Konsumtion und die Bekämpfung der Inflation angestrebt werden. Dem Wirtschaftsrat wurde dabei die neue Aufgabe zuteil, eine Bestandsaufnahme der japanischen Volkswirtschaft aufzustellen und Vorschläge zur Durchführung dieses Gesamtplans zu machen. Zum Direktor des Wirtschaftsrats wurde *Hiroo Wada* berufen, der im Jahr zuvor als Landwirtschaftsminister die Landreform durchgeführt hatte. Unter ihm sammelten sich die Vertreter einer neuen Generation aus bürokratischen, industriellen und wissenschaftlichen Kreisen, die in der darauffolgenden Zeit, insbesondere in der Zeit der Hochkonjunktur die Führung in der Wirtschaft als auch in den Wirtschaftswissenschaften übernehmen sollten. Einer davon war z. B. *Shigeto Tsuru*, späterer Direktor der *Hitotsubashi Universität*, der aus dem Außenministerium zum Staatssekretariat des Wirtschaftsrats wechselte. Unter ihm arbeiteten u. a. *Kazushi Ohkawa*, späterer Professor für Makroökonomie an der *Hitotsubashi Universität*¹³, *Saburo Ohkita*, einer der Herausgeber des ersten Weißbuchs der japanischen Volkswirtschaft, *Osamu Shimomura*, späterer Hauptberater des *Premierministers Ike-*

¹³ Die *Hitotsubashi Universität* war schon vor dem Krieg als eine der bedeutendsten Fachhochschulen für Wirtschaftswissenschaften bekannt.

da, in dessen Regierungszeit mit dem Plan der Einkommensverdoppelung ein entscheidender Antrieb zur Hochkonjunktur gegeben wurde. In den darauffolgenden Jahren hatten aber auch Industrielle wie *Shigeo Nagano* und *Heigo Fujii* die Funktion von Staatssekretären, die später den entflochtenen *Stahlkonzern Nihon Seitetsu* wieder zum größten Stahlkonzern, unter dem Namen *Shin Nihon Seitetsu* aufbauten.

Der Wirtschaftsrat versuchte als erstes, die japanische Volkswirtschaft makro-ökonomisch zu erfassen, und gab im Juli 1947 in Anlehnung an das englische Beispiel das erste Weißbuch zur japanischen Volkswirtschaft heraus, mit dem Untertitel: „Bericht über die Wirtschaftslage Japans im Jahre 1947“. Darauf aufbauend entwickelte der Wirtschaftsrat einen Gesamtplan zum Wiederaufbau der japanischen Volkswirtschaft, in dem vor allem versucht wurde, Produktion, Löhne und Preise aufeinander abzustimmen, ganz im Gegensatz zu früherer Wirtschaftsplanung, in der jeweils nur Teilmaßnahmen in Angriff genommen worden waren¹⁴. Als mittelfristige Planung sah der Wirtschaftsrat den ersten Fünfjahresplan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Japans vor, der die Erreichung des Vorkriegsstandes zum Ziel hatte. In seiner Parlamentsrede vom 1. Juli 1947 stellte der Direktor des Wirtschaftsrats *Hiroo Wada* die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung folgendermaßen dar: Die erste Aufgabe sei, die Produktionstätigkeit der Industrie zu stimulieren und auf diese Weise das Gleichgewicht von Produktion und Konsumtion herzustellen. Die zweite Aufgabe sei, einen Wirtschaftsplan auszuarbeiten, nach dem Kapital, Rohstoffe und Materialien zur Produktionssteigerung gesichert und planmäßig verteilt werden könnten. Die dritte Aufgabe sei, ein Gesamtsystem für Löhne und Preise in der anlaufenden Industrieproduktion aufzustellen, wobei eine Benachteiligung der Reallöhne der Arbeiter ausgeschlossen sein mußte. Das Schwergewicht der Wirtschaftsführung lag aber nach wie vor auf der Fortsetzung der *Keisha-Seisan*-Methode, wobei darüber hinaus nicht mehr nur die Steinkohlenbergwerke und die Stahlindustrie, sondern auch Produktionszweige, wie Herstellung von Zement, Metallwaren, Soda, Düngemitteln usw., mit staatlichen Mitteln unterstützt werden sollten. In Zusammenhang mit dem neuen Preis-Lohnsystem, nach dem

¹⁴ Die neue Regierung erließ trotz des heftigen Widerstandes im Parlament ein Steinkohlegesetz, nach dem alle Steinkohlenbergwerke unter staatliche Kontrolle gestellt wurden.

der Reispreis auf das 62,5fache und der Monatslohn eines durchschnittlichen Industriearbeiters auf das 28fache des Vorkriegsstandes, d. h. auf 1800 Yen, festgesetzt worden waren, legte die Regierung den Verkaufspreis der oben genannten Produktionsgüter auf das ca. 60-bis 65fache des Vorkriegspreises fest, subventionierte aber in den Schlüsselindustrien die Spanne zwischen dem höheren Produktionspreis und dem staatlich festgesetzten Verkaufspreis, um so die Schlüsselindustrien noch weiter zu unterstützen. Zur Erleichterung der Finanzierung der Schlüsselindustrien richtete die Regierung ein besonderes Geldinstitut, die Bank zum Wiederaufbau (*Reconstruction Finance Bank*) ein, die sich einerseits die notwendigen Mittel durch Ausgabe von Schuldverschreibungen verschaffte, andererseits aber diese Schuldverschreibungen zu zwei Dritteln von der Zentralbank übernehmen ließ, was automatisch zu einer Zunahme des umlaufenden Geldvolumens und damit zur Verstärkung der Inflation führen mußte. Darüber hinaus verschärfte die Regierung die Vorschriften für die Erteilung von Bankkrediten zugunsten der Schlüsselindustrien.

Zwar wurde die Regierung der Sozialisten bereits im Februar 1948 durch die Demokraten abgelöst, aber die Grundlinie der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die unter den Sozialisten ausgearbeitet worden war, wurde von der nachfolgenden Regierung beibehalten und in erweitertem Maße fortgesetzt. Das GHQ begrüßte diesen verstärkten Eingriff der Regierung in die Wirtschaftsführung und unterstützte ihn, indem es die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Überwindung der Ernährungskrise und zur Bekämpfung der Inflation genehmigte. Die Einfuhr von Lebensmitteln und die gute Ernte im Jahre 1948 milderten die Hungersnot. Reis war und ist das Hauptnahrungsmittel der Japaner; dies zeigt sich auch in der Aufschlüsselung der durchschnittlichen Tagesaufnahme von Kalorien pro Person nach Kalorienträger sowohl für die Vorkriegs- als auch die Nachkriegszeit. Die Reisernte der Jahre 1947 bis 1948 erreichte aber kaum die Erträge der Vorkriegszeit. Dies lag überwiegend daran, daß die Äcker während des Krieges vernachlässigt worden waren und auch nach dem Krieg Düngemittel für die Landwirtschaft fehlten. Entscheidend für die Versorgungslage aber war die Tatsache, daß mit der Niederlage die Lieferungen an Lebensmitteln aus den ehemaligen besiedelten bzw. besetzten Gebieten ausfielen, so daß die tägliche Kalorienaufnahme pro Kopf weit unter den Vorkriegsstand sinken mußte,

auch wenn seit der Kriegszeit Kartoffeln und Süßkartoffeln als Nahrungsmittel eine immer größere Rolle spielten ¹⁵.

Tabelle 2: Die durchschnittliche Tagesaufnahme von Kalorien pro Person 1934/36, 1946, 1950 und 1974 in Japan

	1934/36	1946	1950	1974
gesamt	2,030	1,449		2,501
davon aus				
Getreide (nur Reis)	1,472 (1,236)	1,112 (872)	1,525 (1,036)	1,192 (866)
Kartoffeln und Süßkartoffeln	85	181	142	38
Fleisch	8	3	8	102
Fisch	70	36	71	100

Quelle: NORIN SHO (Hrsg.): Shokuryo Zyuyo ni kansuru Kiso Tokei, Tokio 1976, S. 46 und S. 48.

Mit der neuen Richtung der amerikanischen Besatzungspolitik setzte im Jahre 1948 eine großzügige Wirtschaftshilfe ein, und Rohstoffe wie Eisenerz, Koks, Öl, Industriesalz, Gummi, Baumwolle usw. durften endlich zum Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft eingeführt werden. Dementsprechend stieg die Industrieproduktion schnell an, und das industrielle Produktionsniveau überschritt gegen Ende des Jahres 1948 bereits die Hälfte des Vorkriegsstandes. Der Grad des Wiedereinsetzens der Industrieproduktion war allerdings für die einzelnen Bereiche sehr unterschiedlich. Während infolge der Schwerpunktförderung der Schlüsselindustrien durch die Regierung das Niveau der Industriegüterproduktion weit über dem Durchschnitt lag, erreichte die Verbrauchsgüterproduktion kaum die Hälfte des Vorkriegsstandes.

Dieses unterschiedliche Wachstum im Bereich der Produktions- bzw. Verbrauchsgüter mußte sich selbstverständlich auf die Inflation auswirken. Die Preise für Konsumgüter stiegen viel höher als die Preise für Produktionsgüter, und die Löhne blieben hinter dieser Preisent-

¹⁵ Die mangelnde Versorgung während und nach der Kriegszeit wirkte sich auf die körperliche Entwicklung eines siebenjährigen Kindes im Durchschnitt folgendermaßen aus:

1937 = 110,3 cm = 18,4 kg;

1946 = 107,0 cm = 17,6 kg.

(Aus dem ersten Weißbuch der japanischen Volkswirtschaft, 1947).

Tabelle 3: Produktion der wichtigsten japanischen Wirtschaftszweige 1946 bis 1950

	1946	1947	1948	1949	1950
Durchschnitt aller verarbeitenden Industrien, einschl. Bergwerke	32,6	42,8	65,2	78,7	104,6
Stromerzeugung	129,4	136,9	156,1	165,8	182,1
Bergwerke	57,8	72,5	85,9	95,7	104,3
Chemieindustrie	28,3	36,6	55,2	74,6	109,9
Metallindustrie	17,8	27,3	54,8	93,1	132,5
Maschinenindustrie	51,5	72,3	118,8	118,4	143,2
Textilindustrie	14,8	18,8	24,6	32,4	50,0
Nahrungs- und Genußmittel	39,2	36,5	43,3	58,5	84,0

Quelle: Das Weißbuch für die japanische Volkswirtschaft für das Jahr 1952. Indexzahlen des Wirtschaftsrates, 1934/36 = 100.

wicklung zurück¹⁶. Die Folge war, daß das durchschnittliche Reallohniveau der Industriearbeiter nicht einmal die Hälfte des Vorkriegsstandes erreichte. Die Gewerkschaften forderten daher die Erhöhung der Löhne und darüber hinaus eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wie z. B. die Einführung der 40-Stunden-Woche. Im Vergleich zum privatwirtschaftlichen Bereich konnten im öffentlichen Dienst die Löhne noch sehr viel zögernder und mit noch größerem zeitlichen Abstand der Preisentwicklung folgen; dementsprechend war die Gewerkschaftsbewegung unter den Arbeitern und Angestellten der Nationalbahn, der Post, aber auch der Schulen am stärksten, und ihre Forderungen waren häufiger als bei anderen Gewerkschaften mit Streiks verbunden. Auf Anweisung des GHQ entzog die japanische Regierung im Juli 1948 daher den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes das Streikrecht. Dabei erklärte die Regierung, daß der Entzug des Streikrechts nicht auf der rechtlichen Grundlage der japanischen Verfassung, sondern aufgrund der Anweisung des GHQ erfolgte, die sie aufgrund der Besatzungssituation auszuführen habe.

¹⁶ Angesichts der inflationären Preisentwicklung setzte die Regierung von Zeit zu Zeit die Preise und Löhne neu fest, wobei die Löhne gegenüber den Preisen benachteiligt wurden.

Im November 1948 gab das GHQ schließlich drei Grundsätze für die Lohnpolitik der Industrie bekannt. Nach diesen Grundsätzen durfte

1. kein Unternehmen zum Zwecke der Lohnzahlung Kredit aufnehmen,
2. keine Lohnerhöhung erfolgen, die eine wesentliche Auswirkung auf das Preisniveau haben könnte,
3. die Regierung keine Subventionen gewähren, sofern die dafür benötigten Mittel durch Kreditaufnahme beschafft werden müßten.

Diese Grundsätze wirkten sich in der darauffolgenden Zeit und bis in die Gegenwart in der Weise auf die Lohnpolitik der Unternehmen und der Gewerkschaften aus, daß Lohnerhöhungen nur dann als möglich erachtet wurden bzw. werden, wenn eine Lohnerhöhung durch den über Produktionssteigerung erbrachten Ertrag finanziert werden kann.

III. Die Normalisierung der japanischen Volkswirtschaft unter dem Dodge-Plan

1. Die Deflationskrise

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der ersten Nachkriegsjahre hatten im Grunde genommen den Charakter von Notstandsmaßnahmen, die möglichst reibungsfrei den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft forcieren und die Produktion, wenn auch über eine Inflation, anregen sollten. In diesem Sinne wurde die Wirtschaftsführung der japanischen Regierung vom GHQ direkt und indirekt unterstützt. Da der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1947 und 1948 bestätigte, daß die befürchtete Krise einer Schrumpfung der japanischen Volkswirtschaft Schritt für Schritt überwunden wurde, richtete sich das Hauptziel sowohl der japanischen Wirtschaftspolitik als auch des GHQ darauf, endlich die anhaltende Inflation zu bekämpfen und die japanische Wirtschaft dem Weltmarkt anzuschließen. Dementsprechend gab das GHQ am 28. Dezember 1948 im Anschluß an die drei Grundsätze für die Lohnpolitik die neun Prinzipien zur Stabilisierung der japanischen Wirtschaft bekannt, die gleich am nächsten Tag von der japanischen Regierung als Grundsät-

ze für die japanische Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre angenommen wurden¹⁷.

Daraufhin kam als Wirtschaftsberater des GHQ im Februar 1949 der amerikanische Bankier Dodge nach Tokio, um aufgrund der neun Prinzipien detailliertere Vorschläge zur Normalisierung der japanischen Wirtschaft auszuarbeiten. In seiner Erklärung vom 7. März 1949 charakterisierte Dodge die Lage der japanischen Wirtschaft folgendermaßen: Die japanische Wirtschaft gehe zur Zeit auf Stelzen, wobei die eine Stelze die amerikanische Wirtschaftshilfe und die andere die staatliche Subvention sei. Es sei nun an der Zeit, die japanische Wirtschaft auf ihre eigenen Beine zu stellen. Zur Bekämpfung der Inflation sei die Kürzung der Industriesubventionen und damit auch der Ausgleich der Staatsfinanzen unabdingbar. Die Höhe der Staatsausgaben habe sich grundsätzlich nach dem Steueraufkommen zu richten. Darüber hinaus sei die Unterstützung der Industrie mit öffentlichen Mitteln nur selten effektiver als privatwirtschaftliche Investitionen. Der erste Schritt, zu dem Dodge sich entschloß und dem sich die japanische Regierung anschloß, war die Beseitigung der fiskalischen Faktoren der Inflation, indem die Staatsfinanzen sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Etat durch allmähliche Streichung der Industriesubventionen ausgeglichen wurden und die Wiederaufbaubank zunächst ihre Tätigkeit einstellte und später aufgelöst wurde. Der Haushaltsetat des Rechnungsjahres 1949 wurde von Dodge selbst, dem Hauptinitiator der neuen Haushaltspolitik, als „desinflationary but not completely deflationary budget“ bezeichnet. Um die Einnahmen der Staatsfinanzen zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern, ließ Dodge im Mai 1949 eine amerikanische Steuerkommission nach Tokio kommen, nach deren Vorschlägen vom September 1949 (Report on Japanese Taxation by the Shoup Mission) das heutige japanische Steuersystem aufgebaut wurde.

Die Maßnahmen aufgrund des Dodge-Plans brachten die japanische Industrie um den Genuß der umfangreichen staatlichen Unterstützung und forderten von der japanischen Wirtschaft den Anschluß an den Weltmarkt. Um die Materialkosten für die Schlüsselindustrien niedrig zu halten, hatte die japanische Regierung bisher die Spanne

¹⁷ Mit den neun Prinzipien zur „Stabilisierung der japanischen Wirtschaft“ wollte die amerikanische Regierung den Wiederaufbau Japans intensiv unterstützen, da eine Wirtschaftshilfe mit den Steuergeldern des amerikanischen Volkes „am effektivsten“ geleistet werden konnte.

zwischen Herstellungskosten und staatlich festgesetzten Lieferpreisen wichtiger Güter für die Industriegüterproduktion finanziert. Die Kosten dafür waren aus dem ordentlichen Staatshaushalt bestritten worden und hatten im Lauf der Jahre immer mehr zugenommen und den Staatshaushalt immer mehr belastet; so betrug der Anteil dieser Gelder am ordentlichen Staatshaushalt im Jahre 1946 11%, im Jahre 1947 21,0%, im Jahre 1948 24,1% und schließlich im Jahre 1949 26,8%, um im Jahre 1950 auf 14,7% zu sinken¹⁸. Diese direkte staatliche Unterstützung der Industrie sollte nach und nach abgeschafft werden, so daß bereits Anfang des Jahres 1950 nur noch importierte Lebensmittel, Stahl, Düngemittel und Soda Gegenstand der Subvention waren. Im Gegensatz zur direkten Unterstützung sollte die indirekte Unterstützung bei der Industriefinanzierung durch die Wiederaufbaubank unverzüglich eingestellt werden. Das 1946 eingerichtete staatliche Finanzinstitut, das schon im folgenden Jahr in Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaftsführung zur Wiederaufbaubank umfunktioniert worden war, hatte den Schlüsselindustrien Kredite gewährt, die durch Schuldverschreibungen der Zentralbank gedeckt wurden. Die Mittel, die die Wiederaufbaubank in den Jahren 1947 und 1948 beschaffte, machten ein Viertel des im gleichen Zeitraum von allen Kreditinstituten Japans vergebenen Gesamtkredits aus und sie wurden fast ausschließlich den Schlüsselindustrien gegeben, zu denen z. B. die Steinkohlenbergwerke, die Kraftwerke, die Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie, die Werften und auch die Textilindustrie zählten. Im Gegensatz zu den Kreditmitteln aus privaten Finanzinstituten, die als Umlaufkapital der Betriebe verwandt wurden, wurden diese staatlichen Kredite in erster Linie zur Finanzierung der Anlageinvestitionen eingesetzt.

Die Lücke in der Finanzierung, die mit der Einstellung der Geschäftstätigkeit der Wiederaufbaubank entstehen mußte, sollte vom Rechnungsjahr 1949 an mit Geldern der amerikanischen Wirtschaftshilfe geschlossen werden, und zwar aus dem „US Aid Counterpart Fund“, dessen gesamte Gelder in den ordentlichen Haushaltsetat aufgenommen wurden, für dessen Verwendung sich aber das GHQ ein Einspruchsrecht vorbehielt. Zwar wurden wie schon vorher hauptsächlich für die Stromerzeugung, den Steinkohlenbergbau, die Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie aus diesen Geldern Kredite gewährt, aber

¹⁸ KEIZAI KIKAKU CHO: Sengo Keizaishi, Keizai Seisaku Hen, Tokio, 1960, S. 46.

Tabelle 4: Die Rolle der Wiederaufbaubank in der Industriefinanzierung Japans (Stand: März 1949, in Mrd. Yen)

	Kredite aus allen Geldinstituten	davon aus der Wiederaufbaubank
Gesamtkreditgewährung	566,1	131,9
davon für		
Anlagekapital	127,4	94,3
Umlaufkapital	436,7	37,6
darunter Steinkohlenbergbau	67,2	47,3
davon für		
Anlagekapital	33,8	33,4
Umlaufkapital	33,3	13,9
Eisen- und Stahlindustrie	21,9	3,6
davon für		
Anlagekapital	2,8	2,6
Umlaufkapital	19,1	1,6
Textilindustrie	69,8	4,9
davon für		
Anlagekapital	11,1	4,9
Umlaufkapital	58,7	—

Quelle: KEIZAI KIKAKU CHO (Hrsg.): Sengo Keizaishi, Keizai Seisaku Hen, Tokio, 1960, S. 102.

ihr Umfang bzw. ihre Bedeutung für die Industriefinanzierung hatte sich gegenüber den Krediten der Wiederaufbaubank wesentlich verringert. Für die bisherige Finanzpolitik der japanischen Regierung brachte die Streichung der Industriesubventionen und die Auflösung der Wiederaufbaubank eine grundlegende Wende, da dadurch zum ersten Mal in der Nachkriegszeit ein Ausgleich des Staatshaushalts gelang. Zwar hatte die japanische Regierung aufgrund der Anweisungen des GHQ ab 1947 für den ordentlichen Staatshaushalt keine Mittel mehr durch Ausgabe von Staatspapieren beschaffen sollen, da sie

aber für den außerordentlichen Haushalt auch weiterhin durch Schuldverschreibungen Mittel geschöpft hatte, betrug das Haushaltsdefizit gegenüber den Staatseinnahmen, das 1946 37% betragen hatte, auch noch in den Jahren 1947 und 1948 17,4% bzw. 7,6%¹⁹. Der Ausgleich der Staatsfinanzen bedeutete deshalb eine drastische Kürzung der öffentlichen Ausgaben für die Wirtschaft. Mit diesen deflationären Maßnahmen aber versuchte die Regierung gleichzeitig die Industrie zu zwingen, ihre Produkte auf auswärtigen Märkten abzusetzen; mit anderen Worten, die japanische Wirtschaft zum Anschluß an den Weltmarkt zu bringen.

Um die japanische Wirtschaft zum Anschluß an den Weltmarkt zu bewegen bzw. ihn zu ermöglichen, mußte auch die Subvention der Ein- und Ausfuhr abgeschafft und ein einheitlicher Wechselkurs geschaffen werden. Bisher hatte die Regierung verschiedene Wechselkurse je nach Warengattung festgesetzt. So stand der Dollarkurs für Exportwaren, wie z. B. Spielzeug, Fahrräder und Chemieprodukte, auf über 500 Yen, für Seidenwaren lag er zwischen 300 und 420 Yen, wohingegen er für den Import von Rohstoffen sehr niedrig war. Für die Einfuhr von Eisenerz wurde er mit 125 Yen, für Baumwolle mit 80 Yen berechnet. Im April 1949 wurde der Wechselkurs für den US-Dollar zur Vereinheitlichung und Stabilisierung des Yen aufgrund einer Entscheidung des GHQ auf 360 Yen festgesetzt. Da man damals sowohl in Regierungskreisen als auch in der Industrie mit einem Dollarkurs von 400 Yen gerechnet hatte, bedeutete der neue Dollarkurs de facto eine Aufwertung und übte daher eine nachteilige Wirkung auf den Export aus.

Seit der Niederlage hatte der japanische Außenhandel der Kontrolle des GHQ unterstanden. Innerhalb eines vom GHQ gesteckten Rahmens sollte die japanische Regierung möglichst viele Devisen erwirtschaften, um die Kosten für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen bestreiten zu können. Die Einfuhr von Lebensmitteln allein machte z. B. im Jahr 1949 45% des Gesamtimports aus im Vergleich zu 24% in der Vorkriegszeit²⁰. 55% des Gesamtexports dagegen wurden von Textilien erbracht, wobei verarbeitete Baumwolle den Hauptanteil stellte im Gegensatz zur Vorkriegszeit, in der beim Export die Seidenindustrie an erster Stelle stand. Doch begannen nun auch unter dem Druck der Deflationspolitik die Maschinenindustrie

¹⁹ KEIZAI SEISAKU HEN: a. a. O., S. 68.

²⁰ Durchschnitt von den Jahren 1934/36 = 100.

und die feinmechanische Industrie ihre Produkte, wie z. B. Maschinen für die Textilproduktion, Fahrräder, Nähmaschinen, Kameras, Ferngläser etc., zu exportieren. Dies waren zum größten Teil auch diejenigen Industrien, deren Anlagen während des Krieges aus strategischen Gründen von der Stadt aufs Land verlegt worden waren, und die nach dem Krieg die aus der eingestellten Rüstungsindustrie freigesetzten Arbeitskräfte einzusetzen begannen und auch die Technik der Rüstungsindustrie übernehmen konnten. Der Absatzmarkt für die japanischen Exportwaren waren in erster Linie asiatische Länder, insbesondere in der sogenannten „sterling-area“. Mit den Devisen aus dem Export wurde der Importüberschuß gegenüber den Vereinigten Staaten finanziert. Mit der Pfund-Abwertung im September 1949 ging aber dem japanischen Außenhandel der größte Absatzmarkt verloren, der im Jahre 1948 noch 45,9% der japanischen Exportwaren aufgenommen hatte, dessen Anteil aber im Jahre 1950 auf 29,8% sank ²¹.

Die wirtschaftspolitische Strategie des Dodge-Plans zielte im wesentlichen darauf ab, einerseits durch deflationäre Maßnahmen die inflationäre Preisentwicklung im Inland zu dämpfen und andererseits einen verstärkten Zugang zum Weltmarkt zu schaffen. Um letzteres Ziel zu erreichen, sollten die Export- und Importgeschäfte, die bisher durch die Regierung vermittelt worden waren und teilweise die Genehmigung durch das GHQ benötigt hatten, liberalisiert werden. Zur Ausarbeitung des neuen Liberalisierungsprogramms für den japanischen Außenhandel kam im Oktober 1949 *Rogan* nach Japan, der auch schon an der Außenhandelspolitik der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt hatte. Aufgrund seiner Vorschläge gab das GHQ am 28. Oktober 1949 die Freigabe der Ausfuhr für den 1. Dezember 1949 und die Freigabe der Einfuhr für den 1. Januar 1950 bekannt. Da aber die japanische Wirtschaft noch immer stark unter dem Devisenmangel litt, behielt sich die japanische Regierung mit den Gesetzen vom 1. Dezember 1949 und vom 27. Juni 1950 das Recht auf Devisenkontrolle vor. Diese Gesetze sollten besonders in den darauffolgenden Jahren ihre Wirksamkeit als Mittel zur Außenhandelskontrolle erweisen.

²¹ KEIZAI KIKAKU CHO (Hrsg.): Sengo Keizaishi, Boeki, Kokusaishusi Hen, Tokio, 1962, S. 97.

In Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik sollte auch die staatliche Lenkung der Wirtschaft nach und nach aufgehoben und eine Liberalisierung der Wirtschaftsführung verwirklicht werden. Von 231 Waren, deren Verteilung noch im April 1949 unter staatlicher Kontrolle gestanden hatte, unterlagen im Januar 1950 nur noch 75 der staatlichen Reglementierung. Bei den reglementierten Waren hatte es sich hauptsächlich um Rohstoffe und Materialien gehandelt, deren Preise nun nicht mehr von der Regierung vorgeschrieben bzw. subventioniert wurden. Nur noch Hauptnahrungsmittel, Reis, Zucker etc., wurden auch weiterhin rationiert, und nur noch solche Preise wie die für Grundstücke, Mieten, Wasser und Strom wurden weiterhin festgelegt. Da infolge der Liberalisierung der Wirtschaft gesetzliche Mittel zum direkten Eingriff in die Wirtschaftsführung im wesentlichen abgeschafft und verpönt waren, versuchte die japanische Regierung mit Hilfe administrativer Richtlinien die Verteilung von Kapital und anderer Produktionsmittel auch weiterhin unter Kontrolle zu halten. Dabei konzentrierte sie sich auf bestimmte Industriezweige bzw. Unternehmen, und zwar nicht wie bisher auf die Schlüsselindustrien im allgemeinen, sondern schwerpunktmäßig auf rentable und exportfähige Unternehmungen, um so die Wirtschaftsstruktur zu rationalisieren und die Konkurrenzfähigkeit der japanischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu steigern.

Mit den Maßnahmen aufgrund des Dodge-Plans wurde zwar die Nachkriegsinflation nach und nach unter Kontrolle gebracht, aber gleichzeitig brachten sie die japanische Industrie, die bislang umfangreiche staatliche Unterstützung genossen hatte, an den Rand einer Deflationskrise. Die Unternehmen der Schlüsselindustrien lieferten, bevor die Subventionen ausliefen, so viel wie nur irgend möglich, und auch andere Unternehmen versuchten ihre Produktionskapazität voll auszunutzen und darüber hinaus ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, um ihren Anspruch auf finanzielle Unterstützung und bevorzugte Belieferung mit Rohstoffen und Material zu rechtfertigen. Dieser Produktionssteigerung konnte der Verbrauch im Inland nicht nachkommen, da es sich bei der Produktionssteigerung vor allem um Produktionsgüter handelte. Der Export aber vermochte sich aus den oben genannten Gründen nicht so weit auszudehnen, wie man anfangs gehofft hatte. Die Kürzung der öffentlichen Ausgaben trug ebenfalls zur Verminderung der Kaufkraft im Inland bei. Bereits Anfang 1950 befand sich die japanische Wirtschaft in einer derartigen Überproduktions-

krise, daß das GHQ im Februar 1950 dem Wirtschaftsrat befahl, eine Übersicht der Lagerbestände anzufertigen, um die tatsächliche Wirtschaftslage Japans zu erfassen. Nach der Berechnung des Wirtschaftsrats standen die Lagervorräte mit 76 Mrd. Yen zu Buche, wovon 30 bis 40 Mrd. als überhöhte Läger veranschlagt wurden. Diese Überproduktion bzw. Unterkonsumtion erstreckte sich auf fast alle Industriezweige; eine Ausnahme bildeten nur die Zement- und die Kunstdüngerindustrie²².

2. Industrie und Kapitalmarkt

Mit der Abschaffung der direkten und indirekten staatlichen Unterstützung und der gleichzeitigen Liberalisierung der staatlichen Wirtschaftslenkung mußte auch für den Kapitalmarkt eine neue marktwirtschaftliche Ordnung geschaffen werden: Die bisherige enge Verbindung des Fiskus mit der Industriefinanzierung, wie sie über die Wiederaufbaubank geschaffen worden war, mußte aufgehoben werden. Von nun an sollte die Industrie sich ihr langfristiges Investitionskapital über den Wertpapiermarkt beschaffen. Dabei hatten aber aufgrund des im Jahre 1948 revidierten Wertpapiergesetzes nur die Gesellschaften für Effektenhandel die Befugnis, auszugebende Aktien und Schuldverschreibungen der Unternehmen zu übernehmen und zu verkaufen. Als im Mai 1949 die Effektenbörse wieder geöffnet wurde, um als Mittelpunkt des freien Kapitalmarktes zu fungieren und die direkte Kreditbeziehung zwischen Sparer und Investor herzustellen, wurde sie sogleich mit einer Unmenge angestauter Aktien überschwemmt. Die überzahlreichen Aktienverkäufe an der wiedergeöffneten Effektenbörse standen in engem Zusammenhang mit der vom GHQ durchgeführten Demokratisierung der Wirtschaft. Im Zuge der Entflechtungsmaßnahmen des GHQ waren alle im Besitz der *Zaibatsufamilien* und *Zaibatsuunternehmen* befindlichen Wertpapiere an die *Holding Company Liquidation Commission* gegeben worden, mit dem Auftrag diese Wertpapiere an der Börse zu verkaufen, um so ihren Besitz möglichst weit zu streuen. Darüber hinaus hatte sich eine Menge Wertpapiere im Besitz der Regierung befunden, die in den ersten Nachkriegsjahren als Sachleistung für die Vermögenssteuer etc. abgeliefert worden waren. Da die Effektenbörse in dieser kapital-schwachen Zeit diesen Wertpapieransturm nicht verkraften konnte, herrschte an der Börse zunächst heftige Spekulation.

²² SOKAN HEN: a. a. O., S. 272.

Anders als in den vorhergehenden Jahren mußten nun viele Unternehmen versuchen, ihr Kapitalvermögen über den Wertpapiermarkt aufzustocken; gleichzeitig war aber schon im Jahre 1949 abzusehen, daß die von den Unternehmern ausgegebenen Aktien nicht direkt an einen Kleinaktionär bzw. Sparer abgegeben werden konnten, sondern von kapitalstarken Geschäftsbanken übernommen werden mußten. In dieser Weise begannen die Geschäftsbanken wieder ihre Stellung in der Industriefinanzierung auszubauen.

In diesem Prozeß spielte die Zinspolitik der Zentralbank die entscheidende Rolle. In der ersten Zeit der Nachkriegsinflation war der Zinsfuß auf eine monatliche Höhe von 20% bis 30% gestiegen. Danach hatte die Zentralbank am 23. Juni 1947 in Zusammenhang mit dem unter der Sozialisten-Regierung eingeführten neuen Preis- und Lohnsystem die Vertreter aller größeren Banken zu einer Besprechung berufen, in der man sich darüber einigte, die Ordnung auf dem Kapitalmarkt wiederherzustellen, indem man eine Höchstgrenze für den Zinsfuß für industrielle Finanzierungsdarlehen festlegte. Allerdings wurde diese Vereinbarung der Großbanken schon im Dezember 1947 aufgrund des vom Kartellamt im September 1947 in Kraft getretenen Anti-Monopolgesetzes für gesetzwidrig erklärt. Gleich daran anschließend verabschiedete das Kabinett dann ein provisorisches Gesetz zur Regulierung des Zinsfußes, das am 15. Dezember in Kraft trat, weil die Regierung eine derartige Maßnahme zur Bekämpfung der Inflation zu diesem Zeitpunkt für notwendig erachtete. Aufgrund dieses Gesetzes erhielt die Zentralbank die Befugnis zur Kontrolle der Zinssätze, die sie in engem Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung weiterhin ausübte. Diese Kontrollbefugnis wirkte sich in zweierlei Hinsicht aus: Erstens wurde der Zinsfuß nicht nach der Relation von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt bestimmt, sondern orientierte sich an der von der Zentralbank herausgegebenen Richtlinie, zweitens wurde die Verteilung des Industriekapitals von der direkten und indirekten „Richtlinie“ der Zentralbank bestimmt, da der Zinsfuß für die Geschäftsbanken sowieso von ihr festgelegt wurde.

Andererseits versuchten die Unternehmen, sich ihr Kapital zu niedrigeren Kosten zu beschaffen. Die direkte Finanzierung über den Wertpapiermarkt war dabei wesentlich teurer als die indirekte Finanzierung durch die Bank. Noch im Jahre 1955 z. B. betrug die Kosten

für die Beschaffung von Kapital über die Aktienaussgabe wie Dividenden, Steuern, Kosten für die Ausgabe an sich, im Durchschnitt 24,1% des so gewonnenen Kapitals, dagegen betrug bei einem Bankkredit die Zinslast nur 8,0% bis 9,2% und bei einer Obligationsanleihe 8,8% bis 10,8% ²³.

Diese Zinspolitik führte besonders in der Inflationszeit zum Verzicht der Unternehmen auf Selbstfinanzierung und hatte einen sinkenden Anteil an Eigenkapital in den Unternehmungen zur Folge, was sich auch noch in der gegenwärtigen Kapitalstruktur japanischer Unternehmen abzeichnet. So hatte der Anteil an Eigenkapital im Gesamtdurchschnitt aller Unternehmungen in der Vorkriegszeit 61,1% betragen, aber 1949 betrug er nur noch 18,5% und 1950 26,8%. Die Verminderung des Anteils an Eigenkapital bedeutete gleichzeitig eine Verstärkung der Abhängigkeit der Unternehmen von Bankkrediten, also das Problem des „over borrowing“ ²⁴.

Tabelle 5: Kapitalbeschaffung der Unternehmen in Japan 1948 bis 1950 in Mrd. Yen

	1948	1949	1950
über Aktien	51,4	78,7	34,1
über Körperschaftobligationen	0,8	27,4	42,4
über private Geldinstitute	262,0	420,0	406,8
über staatliche Geldinstitute	71,6	1,3	158,9
zusammen	385,8	527,4	642,2

Quelle: KEIZAI KIKAKUCHO (Hrsg.): Sengo Keizaishi, Zaisei Kinyu Hen, Tokio 1959, S. 144.

²³ SHIMURA, K.: Shihon Chikuseki to Shokenshijo, in Todai-Shaken (Hrsg.): Sengo Kaikaku, Bd. 8., Tokio, 1975.

²⁴ KEIZAI KIKAKUCHO (Hrsg.): Sengo Keizaishi, Zaisei Kinyu Hen, Tokio, 1959, S. 157.

Hierbei müßte das Problem von „Assets revaluation“ in der Inflationszeit im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Steuersystems in Japan mit berücksichtigt werden, worauf hier nicht eingegangen werden kann. — Vgl. YOSHINO, T.: Tsuka Antei to Shisan Saihyoka, Tokio, 1949.

Im Zuge der Deflationspolitik zog die Zentralbank zwar einerseits die umlaufenden Noten aus dem Kapitalmarkt ab, aber andererseits kaufte sie aufgrund der Offenmarktpolitik Staatspapiere und Verschreibungen der Wiederaufbaubank von privaten Geldinstituten auf, um auf diese Weise die Liquidität der Geldinstitute zu verstärken. Mit diesen Maßnahmen sollte auf dem Kapitalmarkt die neue marktwirtschaftliche Ordnung hergestellt werden. Aber die Auflösung der Wiederaufbaubank verstärkte die Geldknappheit in der Industriefinanzierung bis zum Äußersten, weil der Mangel an Umlaufkapital bei sich mehr und mehr überhöhenden Lagerbeständen immer größer wurde. Dabei vertiefte sich die Kluft zwischen Groß- und Kleinunternehmen, da, anstatt diese Kluft zu überbrücken, die Bankfinanzierung aufgrund des Reglements der Industriefinanzierung hauptsächlich die rentablen und exportfähigen Unternehmen bevorzugte. Außerdem räumten die größten Banken ehemaligen *Zaibatsuunternehmen* vorrangig Kredit ein, sofern diese trotz der Entflechtungsmaßnahmen noch direkt oder indirekt mit ihnen in Verbindung standen, so daß die Großbanken von nun an in der Wirtschaft eine ähnliche Stellung einnahmen, wie sie früher die *Zaibatsufamilien* als holding company inne gehabt hatten. Die Großbanken begannen alsbald zusammen mit diesen Unternehmen jeweils eine eigene Unternehmensgruppe zu bilden, in deren Mittelpunkt ein bestimmtes Geldinstitut stand. Diese Organisation von Bank und Unternehmensgruppe förderte den Austausch von Waren- und Wechselkrediten innerhalb der Gruppe, wobei diese Kredite gleichzeitig durch den Bankkredit gedeckt wurden. Die Unternehmen schoben sich dabei innerhalb der Gruppe Geschäftsaufträge zu, und auch die personellen Beziehungen innerhalb einer solchen Gruppe wurden vertieft.

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte es in Japan über 400 Banken gegeben, aber schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen waren kleinere und regionale Geldinstitute mit größeren Banken fusioniert worden, und am Ende des Krieges hatte jede Präfektur meist nur noch eine Regionalbank, und in den größeren Städten saßen überall Großbanken und ihre Filialen. Dreizehn dieser Großbanken (*Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo, Yasuda, Daiwa, Daiichi, Sanwa, Tokai, Kobe, Kyowa, Tokyo, Kangyo, Takushoku*) wurden als City Banks bezeichnet. Mit diesem Konzentrationsprozeß hatten die Großbanken ihre Stellung als Finanzinstitute innerhalb der Wirtschaft verstärkt. Diese Banken wurden jedoch nicht im gleichen Maße wie andere Unterneh-

men der *Zaibatsu-Konzerne* von den Entflechtungsmaßnahmen der Besatzungsmacht getroffen; nur die formelle Bindung zwischen den *Zaibatsu-Konzernen* und ihren Banken wurde im Zuge dieser Maßnahmen aufgehoben. Die ehemaligen *Zaibatsu-Banken* änderten dabei nur ihren Namen, und nannten sich *Chiyoda* statt *Mitsubishi*, *Osa-ka* statt *Sumitomo*, *Fuji* statt *Yasuda*, *Teikoku* statt *Mitsui* usw. Aber auch dies nur vorübergehend, denn gleich nach Inkrafttreten des Friedensvertrags von San Francisco nahmen die meisten ihre alten Namen wieder an.

Durch den in den Nachkriegsjahren herrschenden Kapitalmangel konnten sie ihre Position sogar noch weiter ausbauen, und zwar flossen die in die Banken eingelegten Gelder über den Weg einer indirekten Finanzierung in die Industrie, wobei die Zentralbank die Richtlinien bestimmte. Diese Richtlinien zu setzen war der Zentralbank deshalb möglich, weil die Liquidität der Geschäftsbanken nicht groß genug war, so daß sie in hohem Maße auf Kredite von der Zentralbank angewiesen waren. Die Abhängigkeit von der Zentralbank war dabei größer bei den großen *City Banks* als bei den regionalen Banken. Gleichzeitig stieg mit zunehmenden Lagerbeständen die Nachfrage der Industrie nach Umlaufkapital. Diesen Kapitalmangel behoben viele Unternehmen teilweise auch mit Waren- und Wechselkrediten innerhalb ihrer Unternehmensgruppe. Da derartige Kredite wiederum durch Bankkredite gedeckt werden mußten, führte dies schließlich zum „over borrowing“. Auf der anderen Seite nahmen bei den Geschäftsbanken die Kredite an Unternehmen sehr viel stärker zu als die gleichzeitig bei ihnen deponierten Spareinlagen.

In der Tat stieg im Laufe der Deflationskrise die Summe der an Unternehmen gewährten Bankkredite von 415,2 Mrd. Yen im April 1949 auf 796,0 Mrd. Yen im April im 1950, während die Spareinlagen bei den Geschäftsbanken im gleichen Zeitraum nur von 538,1 Mrd. Yen auf 839,4 Mrd. Yen zunahmen, womit bei den Geschäftsbanken ein „over loan“ eintrat. Um diesen Kapitalmangel sowohl der Unternehmen als auch der Geschäftsbanken zu lindern, gewährte die Zentralbank den Geschäftsbanken weitere Kredite und übernahm außerdem in zunehmendem Maße Wechselkredite. Der Anteil der Diskontierung von Wechseln an den gesamten Anleihen bei der Zentralbank stieg von 4,9% im März 1949 auf 38,9% im März 1950 an. Dementsprechend stieg auch das Umlaufvolumen der Banknoten, das von

315,9 Mrd. Yen im April 1949 auf 295,4 Mrd. im Juli 1949 gesunken war, wieder auf 355,3 Mrd. Yen im Dezember 1949 an. Dies brachte der Zentralbank eine weitere Stärkung ihrer erst in der Kriegszeit gewonnenen Position als staatliches Kontrollorgan des Finanzmarktes²⁵.

IV. Der Korea-Boom

Die Kriegsaufträge, die der japanischen Wirtschaft mit dem Ausbruch der ersten Waffenzusammenstöße in Korea erteilt wurden, räumten die überhöhten Lager und trieben die japanische Wirtschaft darüber hinaus in eine massive Kriegskonjunktur. Mit der Versorgung der amerikanischen Armee sowohl in Korea als auch in Japan nahmen vor allem die strategisch wichtigen Industrien einen ungeahnten Aufschwung; dabei wurden neben Lieferaufträgen für direkt den Kriegszwecken dienende Sachgüter auch Aufträge für Transport, Reparaturen und sonstige Dienstleistungen erteilt.

Nach einer Berechnung des Wirtschaftsrates beliefen sich die Gesamtaufträge im ersten Kriegsjahr vom Ausbruch des Krieges im Juni 1950 bis Ende Juni 1951 bereits auf eine Summe von 315,1 Mio. Dollar, wovon 221,7 Mio. Dollar auf Sachlieferungen und 93,4 Mio. Dollar auf Transport, Reparaturen und sonstige Dienstleistungen entfielen. Wenn man dazu die Kriegsaufträge mitrechnet, die wesentlich später als Kriegsaufträge akzeptierten Leistungen und die damit verbundene Zahlung von 23 Mio. Dollar einschließen, so betrug die Gesamtsumme 338,1 Mio. Dollar, d. h. 121,7 Mrd. Yen nach damaligem Wechselkurs. Außer mit direkten Kriegsaufträgen erzielte Japan zusätzliche Dollareinnahmen aus den verstärkten Ausgaben der amerikanischen Militärbehörden und Soldaten in den Militärstützpunkten in Japan. Die Kriegsaufträge änderten sich allerdings mit den verschiedenen Phasen der kriegerischen Entwicklung in Korea. In der Zeit des Einsatzes der UN-Armee in Korea im August 1950 wur-

²⁵ Das GHQ beabsichtigte, ein „policy board“ in der Zentralbank zu errichten, das unabhängig von der Regierung und von der Verwaltung der Zentralbank die Geldpolitik Japans bestimmen sollte. Jedoch wurde das neu errichtete policy board nur ein Beratungsorgan innerhalb der Zentralbank, in dem die Vertreter der japanischen Regierung und der Zentralbank die Mehrheit bildeten.

den hauptsächlich Lastwagen, Lokomotiven, Eisenbahnmaterialien, Tonnen für Transport und Lagerung von Öl geordert. Die Aufträge erreichten einen wöchentlichen Durchschnitt von 14 Mio. Dollar. In der Zeit vor den neuen Offensiven sanken die wöchentlichen Aufträge auf 4 Mio. Dollar, und es wurden aus Japan in der Hauptsache nur solche Güter wie Textilien und Lebensmittel für die Armee, aber auch für die Zivilbevölkerung in Korea geliefert. Mit dem Einmarsch der rotchinesischen Armee stiegen im Dezember 1950 die wöchentlichen Aufträge wieder auf durchschnittlich 9 Mio. bis 10 Mio. Dollar an.

Es ist in der Literatur zu diesem Thema noch nicht ganz geklärt worden, warum Japan verglichen mit anderen, insbesondere mit anderen asiatischen Ländern, am meisten vom Koreakrieg profitieren konnte. In diesem Zusammenhang muß aber hervorgehoben werden, daß das amerikanische Parlament erst im April 1951 dem amerikanischen Militärkommando verbot, Güter für militärische Zwecke im Ausland zu beschaffen. Diesem Verbot entsprechend konzentrierten sich ab April 1951 die mit dem Koreakrieg verbundenen Aufträge an Japan auf den Dienstleistungsbereich. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Japan in der ersten Zeit des Koreakrieges in der Lage war, den umfangreichen und vielseitigen Kriegsaufträgen schnell zu entsprechen.

Tabelle 6: Die Veränderung der Kriegsaufträge für Japan im wöchentlichen Durchschnitt vom Juli 1950 bis zum Mai 1951 in Mio. Dollar

	Juli/ September 1950	Oktober/ Dezember 1950	Januar/ März 1951	April/ Mai 1951
Sachgüter	22,2	20,3	14,9	3,0
Dienstleistungen	15,9	5,5	7,3	24,2
	38,1	25,8	22,2	27,2

Quelle: KEIZAI KIKAKU CHO (Hrsg.): Sengo Keizaishi, Sokan Hen, Tokio 1957, S. 327.

Jedenfalls machten die Kriegsaufträge in der kurzen Zeitspanne nur eines Jahres ca. 3% des japanischen Sozialproduktes aus. Sie beseitigten nicht nur die überhöhten Lagerbestände, sondern brachten darüber hinaus einen Zustrom von Dollar und verbesserten damit Japans Devisenbilanz und verhalfen der unter der Deflation leidenden japa-

nischen Wirtschaft zu einem sagenhaften Aufschwung, den man damals und auch heute noch als „Korea-Boom“ bezeichnet. Dieser Boom brachte somit der japanischen Wirtschaft nicht nur die direkte, mit dem Krieg verbundene, amerikanische Nachfrage, sondern heizte das allgemeine Klima auf dem Weltmarkt und damit die Konjunktur auf dem inländischen Markt an. Dies zeigt sich auch darin, daß die japanischen Exportwerte im monatlichen Durchschnitt von 60 Mio. Dollar im April/Juni auf 96 Mio. Dollar im Oktober/Dezember anstiegen, wobei die Exportmenge im gleichen Zeitraum jedoch nur um 30% zunahm. Infolgedessen zeichnete sich für das japanische Sozialprodukt für das Jahr 1951 eine Wachstumsrate von 35% im Vergleich zum Vorjahr ab, und zwar von 3760 Mrd. Yen auf 5076 Mrd. Yen.

Die Kriegsaufträge wurden zwar in bestimmten Industriezweigen erteilt, wie z. B. in der Eisen- und Stahl-, Metall-, Chemie-, Textil- und der Holzverarbeitenden Industrie und damit in erster Linie in denjenigen Industriezweigen, die schon seit der Wiederaufbauzeit intensive staatliche Unterstützung genossen und während der Deflationskrise am stärksten unter dem Absatzmangel gelitten hatten. Aber der Boom griff sogleich auf andere Industrien über und erstreckte sich auf die Industriezweige, die direkt oder indirekt mit den oben genannten Industrien in Verbindung standen. Die japanische Wirtschaft stellte sich schnell auf die neuen Anforderungen ein und nützte den durch den Koreakrieg gegebenen Impuls zur rapiden Erweiterung ihrer Industrieproduktion. Im Oktober 1950 hatte die japanische Industrieproduktion auch nach den Berechnungen des Wirtschaftsrats den Vorkriegsstand erreicht. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit nahm die Zahl der Beschäftigten im Primärsektor, der bisher die sog. versteckten Arbeitslosen aufgenommen hatte, ab, und zwar um 250 000. Da aber diese Kriegskonjunktur einen schnellen Aufschwung brachte und gemessen an der Kapazität der japanischen Volkswirtschaft unverhältnismäßig groß war, wirkte sie sich störend auf den vom Dodge-Plan angestrebten Ausgleich in der Wirtschaftsstruktur aus. Mit der schnellen Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Kreislaufvolumens traten in vielen Industriezweigen wieder Engpässe auf, wie z. B. in der Energieversorgung, bei der Rohstoffbeschaffung, in der Eisen- und Stahlproduktion, im Transportwesen sowohl zu Land als auch auf See usw. Die für Kriegsende bestellten Güter häuften sich auf den Bahnhöfen und in den Seehäfen und warteten darauf, abgeholt zu werden. Auch ein Mangel an Steinkohlen trat wieder auf, der Strom

wurde knapp und die Preise begannen wieder in die Höhe zu klettern. Rohstoffe wurden aufgrund der verbesserten Devisenbilanz in immer stärkerem Maße eingeführt, obwohl sie unter dem Einfluß der Kriegsspekulationen auf dem Weltmarkt immer teurer wurden. Die japanischen Produkte wiederum wurden durch diese Preisentwicklung der Rohstoffe und die geschilderten Engpässe immer teurer, was in der Zeit der Nachkriegsrezession zu Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt führen sollte. In der ersten Zeit des Korea-Booms aber ließen sich die japanischen Produkte wegen der Dringlichkeit der Nachfrage trotz dieser Entwicklung ohne weiteres absetzen. Allerdings vermochten die Reallöhne nur in gewissem Zeitabstand mit dieser Kriegsinflation Schritt zu halten, so daß der Index der Reallöhne trotz der Konjunktur noch immer nicht den Vorkriegsstand erreichen konnte. Erst im wirtschaftlichen Weißbuch für das Jahr 1953 wurde bekanntgegeben, daß der Lebensstandard in Japan endlich den Vorkriegsstand erreicht habe.

In der Nachkriegszeit hatte die japanische Regierung mit allen Mitteln versucht die Produktion zu steigern, um somit die Diskrepanz zwischen Produktion und Konsumtion aufzuheben und die Inflation zu überwinden. Dem Außenhandel kam dabei die Aufgabe zu, durch Export von Industriewaren Devisen für den Import der Lebensmittel und Rohstoffe zu erwirtschaften, und dadurch rückte er in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Bestrebungen. Die Folge davon war, daß die Verbesserung und Vergrößerung der inländischen Kaufkraft in gewissem Maße zurückstehen mußte. Diese Entwicklung prägte die Wirtschaftsstruktur Japans nachhaltig. Als der Waffenruhe in Korea im Juli 1951 eine weltweite Nachkriegsrezession folgte, konnte die japanische Wirtschaftspolitik nichts anderes tun, als die wachstums- und exportorientierte Wirtschaftsstruktur weiter auszubauen, um die Konkurrenzfähigkeit der japanischen Exportindustrie auf dem Weltmarkt steigern zu helfen. Dementsprechend hieß das Motto der fünfziger Jahre „Rationalisierung und Verstärkung der Wirtschaftsstruktur“, womit implizit die Rationalisierung und Verstärkung der Exportindustrie gemeint war. Unter diesem Motto begann die japanische Regierung erneut den Schlüssel- und Exportindustrien intensive Unterstützung zu gewähren, sei es mit finanziellen und steuerlichen Mitteln oder auch mit Devisenkontrollen. Auf diese Weise wurde die Wirtschaftspolitik der ersten Nachkriegsjahre nach der Unterbrechung durch den Dodge-Plan und den Korea-Boom fortgesetzt.